Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14102**

19. Wahlperiode 16.10.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten – Drucksache 19/7200 –

Jahresbericht 2018 (60. Bericht)

A. Problem

Der Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag aufgrund von § 2 Absatz 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages jährlich zu berichten. In Erfüllung dieser Verpflichtung hat der Wehrbeauftragte am 29. Januar 2019 dem Deutschen Bundestag seinen Jahresbericht für das Jahr 2018 vorgelegt.

B. Lösung

Kenntnisnahme des Berichts und

Annahme einer Entschließung.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten auf Drucksache 19/7200 folgende Entschließung anzunehmen:

„1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.

2. Der Deutsche Bundestag dankt dem Wehrbeauftragten sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.

3. Die Bundesregierung wird gebeten, dem Verteidigungsausschuss bis zum 28. Februar 2020 über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.“

Berlin, den 16. Oktober 2019

Der Verteidigungsausschuss

Wolfgang Hellmich
Vorsitzender

Anita Schäfer
Berichterstatterin

Josip Juratovic
Berichterstatter

Berengar Elsner von Gronow
Berichterstatter

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Berichterstatterin

Christine Buchholz
Berichterstatterin

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Anita Schäfer, Josip Juratovic, Berengar Elsner von Gronow, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Christine Buchholz und Dr. Tobias Lindner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten auf **Drucksache 19/7200** in seiner 96. Sitzung am 12. April 2019 beraten und gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GO-BT) dem Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuss, dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 38. Sitzung am 25. September 2019 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 62. Sitzung am 16. Oktober 2019 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in seiner 37. Sitzung am 16. Oktober 2019 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 37. Sitzung am 25. September 2019 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Jahresbericht unter Einbeziehung der Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 22. Mai 2019 in seiner 41. Sitzung am 16. Oktober 2019 beraten.

Im Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., in Kenntnis der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten die in der Beschlussempfehlung wiedergegebene Entschließung anzunehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** dankte dem Wehrbeauftragten Dr. Hans-Peter Bartels sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit und den interessanten Bericht. In dem vorliegenden Jahresbericht werde unter anderem kritisiert, dass weiterhin ein Mangel an Großgerät sowie persönlicher Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten bestehe. Die Beschaffungsprozesse dauerten jedoch an und benötigten leider ihre Zeit. Die wichtigen Großprojekte wie TLVS und MKS 180 seien zudem von einer nachhaltigen Finanzierung abhängig. Hier sei es wichtig, dass der Deutsche Bundestag die dafür notwendigen Mittel bereitstelle. Positiv sei aus dem Jahresbericht hervorzuheben, dass das Einsatzbereitschaftsstärkungsgesetz sowie das Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz die sozialen Rahmenbedingungen verbesserten und die Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr deutlich steigerten. Des Weiteren sei es gut, dass der Frauenanteil in der Bundeswehr weiter angestiegen sei. Auch durch Maßnahmen wie kostenlose Bahnfahrten und das öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr vor dem Reichstagsgebäude sei die positive Entwicklung klar erkennbar.

Die **SPD-Fraktion** äußerte ebenfalls ihren Dank an den Wehrbeauftragten und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der 60. Jahresbericht zeige, dass die Bundeswehr auf die aktuellen Herausforderungen reagiere. Es sei aber notwendig, dass die Reformprozesse sichtbarer gemacht würden. Bei der Beschaffung von Material und Gerät sei der Faktor Zeit entscheidend, wobei sich in diesem Zusammenhang nicht nur die Bürokratie auswirke. Vielmehr müsse man sich auch auf die Lieferketten und die Liefertreue der Wirtschaft verlassen können. Es sei

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

ein sehr wichtiger Bereich, da es für die Moral der Truppe entscheidend sei, sich jederzeit, aber besonders im Einsatz, auf eine optimale Versorgung verlassen zu können. Im Bereich des Personalwesens seien Anreize für neues Personal durchaus wichtig, doch dürfe man gleichzeitig das Bestandspersonal nicht aus dem Blick verlieren. Die Zahl der meldepflichtigen Ereignisse sei zwar gestiegen, zugleich sei aber auch deutlich geworden, dass dort viel Zivilcourage vorherrsche. Dafür sei den Soldatinnen und Soldaten zu danken.

Die **AfD-Fraktion** schloss sich dem Dank an den Wehrbeauftragten und sein Haus an. Zu kritisieren sei neben der späten Behandlung des Jahresberichts im Ausschuss, dass die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme dazu versuche, viele Mängel zu relativieren. So weiche beispielsweise die Darstellung der Personalsituation durch das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr von derjenigen in der Stellungnahme ab. Die großen Themen des Jahresberichts seien das Personal, das Material, die Finanzlage und die Bürokratie. Hier zeige sich, dass die Trendwenden im Wesentlichen nicht greifen würden. Insbesondere im Bereich des Personals sei festzustellen, dass die Zahl der ausscheidenden Soldatinnen und Soldaten aktuell nicht ausgeglichen werden könne.

Die **FDP-Fraktion** bedankte sich ebenfalls beim Wehrbeauftragten und seinem Personal. Der Jahresbericht zeige auf, dass es mehr Auffälligkeiten im Bereich des Rechtsextremismus gebe. Hier müsse gewährleistet sein, dass man genau hinschaue. Was die Trendwenden betreffe, sei festzustellen, dass insbesondere die Materiallage im Einsatz weiter problematisch sei. Dabei wirke es sich nicht nur auf die Einsatzfähigkeit, sondern auch auf die Attraktivität der Bundeswehr aus, wenn es bereits an Basisausstattung fehle. Bei Infrastrukturmaßnahmen habe sich zudem gezeigt, dass die Zusammenarbeit mit den Landesbaubehörden mitunter problematisch sei. In diesem Bereich wären jedoch gerade mit Blick auf die Pendlerarmee Verbesserungen wünschenswert.

Die **Fraktion DIE LINKE.** schloss sich ebenfalls den Dankeswünschen an. Auch wenn die persönliche Auffassung des Wehrbeauftragten in einigen Bereichen nicht geteilt werde, leiste er dennoch sehr wichtige Arbeit. Im Bereich der Fälle überzogener Härte in der Ausbildung sei in der Stellungnahme der Bundesregierung nur auf den Aspekt der körperlichen Fitness eingegangen worden. Hier sei es aber wichtig, dass auch das Führungsverhalten und die Kompetenz der Ausbilder in den Blick genommen würden. Zu kritisieren sei, dass die rechtsextremistischen Umtriebe innerhalb der Bundeswehr im Jahresbericht nur nebeneinander dargestellt worden seien. Die Bundesregierung habe zudem nur floskelhaft darauf reagiert.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sprach auch ihren Dank aus und schloss sich den Ausführungen an, dass bei der Bearbeitung von Infrastrukturmaßnahmen die Landesbehörden in der Tat ein Flaschenhals seien, weshalb Verbesserungen wünschenswert wären. Das Handgeld für die Kommandeure sei ein richtiger Schritt gewesen, damit kleine Beschaffungen schneller und dezentral vor Ort erfolgen könnten. Ebenso werde der Schritt begrüßt, den Soldatinnen und Soldaten kostenlose Bahnfahrten im Fernverkehr zu ermöglichen, da sich die Bundeswehr zu einer Pendlerarmee entwickelt habe. Hier müssten nun noch die Vereinbarungen mit den regionalen Anbietern erreicht werden.

Berlin, den 16. Oktober 2019

Anita Schäfer
Berichterstatterin

Josip Juratovic
Berichterstatter

Berengar Elsner von Gronow
Berichterstatter

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Berichterstatterin

Christine Buchholz
Berichterstatterin

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.